

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 31. Sonnabend, den 31. Juli 1915. 19. Jahrgang.

Zur Eichpflicht der Meßgeräte in den Bessischen Steinbrüchen.

Nach § 6 Abs. 2 der geltenden Maß- und Gewichtsordnung dürfen zur Ermittlung des Arbeitslohnes in fabrikmäßigen Betrieben nur geeichte Maße, Gewichte und Wagen angewendet werden. Im Jahre 1913 forderte die hessische Regierung die Gewerbeaufsichtsbeamten auf, sich zu dieser Frage zu äußern. Der Beamte für den Bezirk Gießen kam zu recht sonderbaren Schlussergebnissen, die wir im „Steinarbeiter“ (siehe Nummer 17, Jahrgang 1915) scharf kritisierten. Der Beamte äußerte sich unter anderem in folgender Weise:

Die Entlohnung der Arbeiter in den Steinbrüchen des Bezirks erfolgt meist nach Tagen und Stunden der geleisteten Arbeit. Alfordlohn nach der an Gefäßen mit gekennzeichnetem Inhalt gemessenen Leistung besteht nicht. Dagegen werden Alfordlöhne nach ungezeichneten Gefäßen, nach Wagen, bezahlt. Diese Gefäße bergen infolge ihrer Herstellung keineswegs die Gefahr der Ausdehnung, oder der aus Abnutzung entspringenden Raumvergrößerung. (1) Auch wird nicht mit einem und demselben Maße gemessen. Die Abfolge und Rückkehr der zur Bewegung benutzten gemessenen Wagen bringt immer wieder andere Gefäße an den Arbeitsplatz. Verkaufliche Erzeugnisse werden nach anderen Höhen bemessen, Kleinschlag im Taglohn, Mauersteine im Stücklohn, Steinmetzarbeit nach Metermaß.

Soweit bis jetzt festgestellt wurde, ist man der Vorchrift des § 6 Abs. 2 der Maß- und Gewichtsordnung noch in keinem Betriebe nachgekommen. Die Betriebsleiter halten eine Eichung der Wagen und eine genaue Messung des Inhalts für praktisch undurchführbar. (11) Von der Wichtigkeit dieser Ansicht konnte man sich bei den Revisionen der Brüche leicht überzeugen. Auch die Arbeiter bestätigen die Undurchführbarkeit der Vorchrift. Unzulänglichkeiten aus der bisherigen Berechnung des Lohnes in den Steinbrüchen sind übrigens nicht bekannt geworden. (1)

Die deutsche Unternehmerpresse brachte jene Äußerungen mit schmähendem Besagen, und wahrscheinlich deshalb, weil Aussicht bestand, von der Verpflüchtung, daß die Meßgeräte geeicht werden sollten, wieder frei zu kommen. Wir machten nun sogleich an das hessische Ministerium des Innern eine längere Eingabe und legten Protest ein, daß ersässige Reichsgesetze so ostentativ umgangen würden. Auf diese detaillierte Eingabe hin ging nun bei uns folgender

ministerieller Bescheid

An die
Redaktion der Zeitschrift „Der Steinarbeiter“
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus.

Wir haben mit Verfügung vom 8. Juni 1914 die Großherzogliche Eichungsinspektion davon in Kenntnis gesetzt, daß nach Auffassung des Reichsamts des Innern, der wir uns angeschlossen, die die in Steinbrüchen verwendeten Maße und Meßwerkzeuge, also auch die zur Lohnbemessung bestimmten Füll- und Rippwagen der Eichpflicht unterliegen, sobald die Steinbrüche fabrikmäßige Betriebe sind. Als solche Betriebe sind unseres Erachtens diejenigen Steinbrüche anzusehen, die nicht landwirtschaftliche Nebenbetriebe sind — und zwar die über Tag betriebenen, wenn in ihnen in der Regel mindestens 5 Arbeiter beschäftigt werden, und die unterirdisch betriebenen ohne Rücksicht auf die regelmäßige Arbeiterzahl. — Die Angelegenheit ist also seit Jahresfrist geregelt.

Was die Äußerungen der Großherzoglichen Gewerbeinspektion anlangt, so machen wir darauf aufmerksam, daß die Erhebung einer Verfügung vom 3. Januar 1913 sind, wonach diese Behörden die einschlägigen Betriebe besichtigen und die Frage der Verwendung geeichter Wagen usw. prüfen sollten. Diese Prüfung erfolgte 1913, der Jahresbericht 1913 enthält die Prüfungsergebnisse. Nachdem erst Ende 1912 die Frage der Bemessung geeichter Wagen usw. in Steinbrüchen brennend geworden war, kann es unseres Erachtens nicht überraschen, daß der Befund 1913 noch mehr oder weniger ergebnislos ausfiel; auch die Vorbringung sachlicher Bedenken entsprach lediglich der Pflicht der prüfenden Beamten, ihre Ansicht zu der damals noch strittigen Frage vorzutragen. — Bei der Wiedergabe dieser Ansicht in Nr. 17 des „Steinarbeiters“ ist übrigens durch stärkeren Druck eine Stelle hervorgehoben, wonach noch in keinem Betriebe der Vorchrift der Maß- und Gewichtsordnung, § 6 Abs. 2 nachgekommen sei usw.; dabei ist übersehen, daß es sich bei dieser Angabe nicht um das Großherzogtum handelte, sondern — wie das (2) im Originaltext andeutete — lediglich um den Bezirk der Gewerbeinspektion Gießen; in diesem Bezirk kamen für die vorliegende Frage aber nur drei Betriebe in Betracht, von denen (nach Bericht der Gewerbeinspektion) zwei im Jahre 1914 die Eichung vornehmen wollten, der dritte durch Tod des Besitzers längere Zeit stillgelegen hat.

Die Antwort besagt also Klipp und klar, daß die hessische Regierung die Eichpflicht der Meßgeräte in den Steinbrüchen in der korrektesten Weise durchführen will. Unverständlich ist es uns aber, daß trotzdem das Gutachten des Gießener Beamten ohne jegliche Einschränkung im Jahresbericht 1914 noch zum Abdruck gelangen konnte. Die Unternehmer frohlockten ja förmlich, als sie das Gutachten des Gießener Beamten vorgelegt erhielten. Wir sind nun begierig, ob die Steinindustriellen-Presse auch die Antwort des Ministers zum Abdruck bringen wird. Die deutschen Steinarbeiter wurden durch den Passus im hessischen Gewerbeinspektionsbericht sehr beunruhigt, denn es hatte den Anschein, als sollte die Eichpflicht überhaupt wieder aufgehoben werden und das wäre einem Teil der Unternehmer sehr erwünscht gewesen. Unsere Kollegen können nun auch in Hessen beruhigt sein, das Ministerium erklärt

ohne Einschränkung, daß das Gutachten, welches zum Abdruck kam, heute keine Gültigkeit mehr hat. Der Arzt bringt es nun mit sich, daß aus leicht erklärlichen Gründen die Kontrolle, ob die Meßgeräte in den Steinbrüchen schon geeicht sind, eine Lage sein wird. Dieses wird allerdings nach dem Kriege anders werden. Unsere Kollegen tun gut, sich die Antwort des hessischen Ministers gut aufzubewahren.

Bericht des internationalen Stein- arbeitersekretariats

(umfassend den Zeitraum vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915).

Meine Kollegen!
Nachdem wir auch bei Kriegsausbruch einen Bericht über die Tätigkeit des internationalen Sekretariats vom Vorjahre übermittelten, glauben wir heute gut zu tun, auch in kurzem einige Angaben über dessen Tätigkeit während der Kriegszeit zu machen. Wie ist ein Bericht in eine so bewegte Zeit gefallen wie dieses Jahr. Die Auswirkungen des Krieges sind in allen Landesverbänden, sowohl in den Ländern, die direkt am Kriege beteiligt sind, als auch in den neutralen Ländern, nur zu deutlich sichtbar geworden. Ein großer Teil der Mitglieder aller Verbände wurde unter die Fahnen gerufen, andre wieder sind der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Dazu kam in allen Ländern ganz gewaltige Verteuerung der so notwendigen Lebensmittel.

Mit Befriedigung dürfen wir hervorheben, daß die meisten Landesverbände sich der vielen und schweren Aufgaben, die an sie herantraten, bis jetzt gewachsen zeigten.

Der internationale Verkehr unter den Verbänden wurde überall, mit Ausnahme von Belgien, hochgehalten, so hart auch dieser mitunter beengt war, und zwar speziell durch Verlangsamung und Unterbrechung des Verkehrs, Rahmlegung so mancher Organisationen, in das wirtschaftliche Leben tiefgreifende Maßnahmen; Gebote und Verbote der kriegführenden Staaten und alle die andern Folgen, die der Krieg zeitigte, sie trugen alle nicht zur Entwicklung breiterer, auf internationaler Basis beruhender Einrichtungen bei. Arbeiterorganisationen und Krieg vertragen sich nicht. Ein wirkliches Gedeihen der Organisationen ist nur denkbar, wo die Zustände normal geordnete sind. Doch, wir haben gesehen, alle Verbände setzen ihr möglichstes daran, um dem Sturme zu trotzen, und es wird auch der Zeitpunkt kommen, wo normale Verhältnisse wieder eintreten werden. Denn im Kriege selber ist das letzte nicht der Krieg.

Unsere Berichterstattung beschränkt sich auf nur einige Angaben. Bei Eintritt normaler Verhältnisse wird es sich allerdings lohnen, eine Zusammenstellung über die innere Stärke der einzelnen Verbände herauszugeben. Direkt vor dem Krieg hatten wir uns auf den internationalen Bauarbeiterkongress in Wien vorbereitet und diesbezüglich verschiedene Korrespondenzen gepflogen. Bekanntlich wurde derselbe nach Paris verlegt, konnte aber wegen weiterer Umstände des Kriegsausbruches auch dort nicht abgehalten werden und mußte deshalb die Frage der Vereinigung des internationalen Sekretariats im Baugewerbe zu einem Einheitssekretariat auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Gleich nach Kriegsausbruch stellten sich Meinungsdivergenzen in verschiedenen Ländern gegenüber der Haltung der Organisationen in andern Ländern ein; so wurden die Polemiken der Organisationen und ihrer Organe zwischen Deutschland und Italien derart erregt, daß wir es als an der Zeit erachteten, auf Abbruch derselben hinzuwirken. (Wobei allerdings festgestellt werden muß, daß die italienische Gewerkschaftsleitung die deutschen Arbeiter in der unangenehmsten Weise anpöbelte. Dagegen wehrten sich einige deutsche Gewerkschaftsblätter mit Entschiedenheit. Med. d. „Steinarbeiter“.)

Wohl traten anfangs gleichartige Erscheinungen zwischen den Organisationen in Frankreich und Deutschland auf, doch auch diese verflachten und wurde sogar in Frankreich der Wunsch nach besserer Gegenseitigkeit mit den deutschsprachigen Ländern geweckt. Indem die Post zwischen diesen Ländern nicht mehr funktionierte, übernahmen wir die Vermittlungsstelle. Auch heute gehen noch allwöchentlich eine Anzahl Zeitungen und Korrespondenzen durch unsere Hände, die von der Schweiz, einem neutralen Staat, regelmäßig an ihren Bestimmungsort in Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich und Ungarn geleitet werden.

Aber nicht nur für die Organisationen mußte diese Weiterleitung übernommen werden, auch ein großer Teil der Mitglieder der einzelnen Landesverbände bedurften in ausgiebiger Weise uns mit solchen Vermittlungen. Dabei sind mitunter Uebersetzungen vorzunehmen, um die rasche Abhandlung und Weiterleitung zu sichern.

Im ersten Halbjahr des Krieges wurden wir bereits täglich interpelliert über die Aufenthaltswörter von Kriegsgefangenen. Dies erbrachte einen umfangreichen Verkehr mit dem für solche Aufstellungen eingesetzten Informationsbureau in Genf mit sich. Die Resultate unserer beständigen Erarbeit sind befriedigend, wenn die Mitteilungen oft auch lange Geduldsproben erheischen.

Die internationalen Verbindungen sind seit Kriegsausbruch in keiner Art unterbrochen worden, einzig mit Belgien war eine Annäherung völlig ausgeschlossen. Wir haben auf verschiedene Art und Weise uns bemüht, mit den dortigen Organisationen oder deren Leitern Fühlung zu erhalten, aber alle unsere Vorgehen scheiterten an den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen.

Auch mit den Balkanstaaten war durch die dortigen Mobilisationen jeder Verkehr unmöglich. Mit Spanien haben wir abermals versucht, Annäherung zu finden und uns an die dortige Gewerkschaftszentrale wenden. Es wurde uns versprochen, den internationalen Ansprüchen gerecht zu werden, doch warten wir noch heute auf Einlösung jenes Versprechens.

Mit allen übrigen Ländern Europas und auch Amerikas war aber der schriftliche Verkehr ein regerer, als vor Kriegsausbruch. Es zeigte sich, daß das allgemeine Interesse über die Verhältnisse und Vorgänge in der Organisation der einzelnen Länder gegenüber den übrigen Ländern durch den Krieg nur zugenommen hat. Jeder Verband war begierig, die Lage und Tendenzen der andern Landesverbände zu erfahren.

Die Arbeit des Sekretariats hat sich, zur Erfüllung aller hier beschriebenen Anforderungen, deshalb durch den Krieg nur vermehrt, sie ist bedeutend größer geworden als in normalen Zeiten. So hat

das Sekretariat für die ihm übertragenen Aufträge im verflohenen Jahre in 1337 Stunden sich beschäftigt; gegenüber den Vorjahren ist dies eine Verdoppelung der Zeitaufwendung.

Nach den regelmäßigen Berichten, Mahnungen und Beitragsstrukturen wurden versandt Rundschreiben bezüglich Amerika 1, Belgien 1, italienische Emigration 1, Italien 3, an die englisch sprechenden Berufsverbände 2, an andre internationale Sekretariate und internationale Institutionen 2, an Zeitungen der verschiedenen Länder 4. All dies in 3-4 Sprachen.

Wir haben diese Mehrarbeit gern geleistet, galt es doch die internationale hochzuhalten, was uns auch, wie jedenfalls wenig andern Berufs-Zentralisationen, gelungen ist. Wir konstatieren dies mit Vergnügen, es ist der Erfolg und die Lust für unsere Arbeit. Die gegenseitigen Verbindungen sind heute wie vor dem Kriege bestehen geblieben, und wenn auf Grund der bestehenden Verhältnisse die Korrespondenz zwischen einigen Ländern nachgelassen hat, so darf doch konstatiert werden, daß jedes Land von den Vorgängen im andern Lande, von der Entwicklung der Bundesorganisationen und ihren Empfindungen genau unterrichtet ist und sich alle diese Landeszentralen im internationalen Sekretariat wieder zusammenfinden.

Wir legen nun hier die Zahlen der Einnahmen und Ausgaben vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915 nieder:

Einnahmen an Beiträgen und für gelieferte Protokolle:	
Italien	301.—
Norwegen	65.96
Schweiz	65.—
Oesterreich	111.96
Dänemark	20.—
Schweden	260.16
Deutschland	238.—
Holland	131.14
Ungarn	47.20
Frankreich	120.—
Total 1369.42 Franc	

Ausgaben:	
Uebungsreisen	275.90
Agendamatcrialien und Bureauumiete	180.—
Druckkosten	94.75
Befolgung	480.—
Post und andere Ausgaben	421.05
Delegationen	186.40
Total 1598.10 Franc	

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, daß die Einnahmen nicht einmal den dritten Teil derjenigen von den Vorjahren ausmachten, aber auch die Ausgaben sind in gleichem Rahmen gehalten worden.

Soweit unser Bericht und geben wir der besten Hoffnung Ausdruck, daß die internationale Steinarbeitervereinigung auch für die zukünftige Zeit in seiner Art und Weise geschäftig werde und das Gefühl der gegenseitigen Zusammengehörigkeit auch trotz den zur Zeit herrschenden Zuständen weiter bestehe, um dann in baldiger wieder mit erneuertem Mut und Freudigkeit für die Förderung unserer Landesverbände zu baldiger ökonomischer Besserstellung ihrer Mitglieder wirken zu können.

Basel, im Juli 1915.
Der internationale Sekretär:
Hob. Kolb.

Kriegsverstümmelten-Fürsorge.

Das erste Jahr des unheilvollen Krieges neigt seinem Ende zu. Groß sind die Wunden und Leiden, die insbesondere den auf den Schlachtfeldern blutenden Kämpfern zugefügt worden sind. Die ganze Schwere der Kriegsschmerz kommt mit der Zeit auch dem in der Heimat zurückgebliebenen Teil der Bevölkerung zum Bewußtsein. Die ersten Kriegsverwundeten waren Gegenstand der Bewunderung und Mitleidigkeit, und es schien bereits gar keine Meinungsverschiedenheit darüber möglich zu sein, daß das heilige Vaterland sich ihrer mit ganzer Kraft annehmen und ihre wirtschaftliche Zukunft sichern müßte. Es gilt hoch aber nun, praktisch etwas für die Kriegsverstümmelten zu tun. Und da kam allgemein die Ansicht zum Durchbruch, daß es Deutschlands unwürdig sei, etwa den Kriegsvinvaliden als Treuhorgespelster seine Existenz fristen zu lassen.

Mit der zunehmenden Zahl Verwundeter stellte sich bald das Bedürfnis heraus, die ganze Fürsorgetätigkeit möglichst vollkommen zu organisieren und alle Kräfte und Kräfte und Kräfte, die sich für eine solche Tätigkeit berufen fühlen, mit dazu heranzuziehen. Um alle diese Kräfte zusammenzufassen, tagte am 8. Februar d. J. im Reichstagsgebäude ein außerordentlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Kriegspfleger, zu dem — wohl zum erstenmal — neben hohen und höchsten Personen auch Arbeitervertreter erschienen waren. Obwohl es sich zunächst in der Hauptfrage erst um die primitivsten Grundlagen der geplanten Organisation handelte, wurde von den Arbeitervertretern mit Nachdruck hervorgehoben, daß eine feste Organisation für den gedachten Zweck, deren Träger das Reich sein muß, geschaffen werden müsse. Dieser Gedanke hat sich gegenüber den Behauptungen, die Fürsorge für die Verstümmelten auf dem Boden der Wohltätigkeit aufzubauen, siegreich durchgesetzt. Leider hatten der geplanten Fürsorge für Kriegsvinvaliden noch genügend Mängel an, die zu beseitigen untrer politischer und gewerkschaftlicher Vertretung bisher noch nicht möglich war.

Zu den Verbänden, die an einer durchgreifenden staatlichen Hilfe für die Kriegsverstümmelten infolge ihrer eigenen beruflichen Verhältnisse ein lebhaftes Interesse haben müssen, gehört in erster Linie der Holzarbeiterverband. Die Beurlaubten an den mühseligen Holzbearbeitungsmaschinen verstümmelter Mitglieder dieses Verbandes haben es durchsetzen müssen, was es heißt, der reichsweite Unfallfürsorge überantwortet zu sein, und es ist wohl verständlich, wenn sich in ihnen der Gedanke regte, daß der niederdücker, dem Verletzten oft den Lebensmut nehmende Kampf um die Rechte den Kriegsverstümmelten Kameraden erpart bleiben möchte. Das ist aber nur zu erreichen, wenn an allen maßgebenden Stellen die beruflichen Vertreter der Arbeiter mitzuwirken Gelegenheit haben.

Neben den Opfern des Krieges dürfen auch die Opfer der Volkswirtschaft nicht vergessen werden. Der Krieg geht — hoffentlich recht bald — vorüber, aber die Industrie wird, wie Professor Hertner sagte, auch weiterhin ihre Blutopfer fordern.

Hunderttausende von schrecklichen Verwundungen, schrecklicher als der blutigste Krieg verursachen kann, hat die deutsche Industrie im Laufe weniger Jahre auf ihrem Konto. Allein im Jahre 1912 wurden mehr als 11 000 Personen im Dienste der Industrie getötet. Den Schlagschlagkatastrophen, den Hochfällen der Stahlwerke, den Maschinen der Holzbearbeitungsindustrie sind achtschle Arbeiter zum Opfer gefallen. Kein Vieh, kein Feldweidchen kündigt ihren Namen. . . Den schwersten seelischen Schütterungen und Schädigungen aber, die der Krieg für schwache Naturen mit sich bringt, stehen nicht weniger schwere ethische und soziale Nebel der Kriegszeit gegenüber. Die Entstellung der Gewinnsucht, ein häßliches Proletariat, das Nahrungselend weiter Schichten des arbeitenden Volkes, das Auseinanderreißen der Familie — das sind die stillen Gefahren des friedlichen Erwerbslebens.

An der gleichen Richtung bewegen sich die seit Jahren in weiten Kreisen bekannten Veranlassungen des Deutschen Arbeiterverbandes zur Förderung des Unfallversicherungswesens für die Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen. Die Unfallversicherung des Verbandes hat überall bei den staatlichen Versicherungsorganen und Gewerbeaufsichtsbeamten, bei Unternehmern und Arbeitern den gleichen nachhaltigen Eindruck gemacht, sie hat besonders auf der Bauerngemeindefeststellung in Weisau im Jahre 1913 das öffentliche Interesse auf sich gelenkt. Die „Ausstellung der klagenden Hände“ redete auch eine allzu eindringliche Sprache.

Von dieser Bedeutung einer praktischen Sozialpolitik ist nur ein kleiner Schritt, in derselben Weise und mit erprobten Mitteln an die Kriegsinvaliden heranzutreten. Schon während der am 15. Januar abgeschlossenen Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Jahre 1913 nebst der Fürsorge für die Kriegsinvaliden im Reichsstaatsbände reiste heim Vorstand des Holzarbeiterverbandes der Plan, sich der durch den Krieg invalid gewordenen Arbeitsschleichen ebenso nachdrücklich anzunehmen, sowie auch dahin zu wirken, daß alle übrigen Gewerkschaften bei dieser Aufgabe mitwirken möchten. Der Verbandsvorstand arbeitete Grundzüge für die Stellung der Gewerkschaften aus, die in allen Einzelheiten die von den Arbeitern zu erhebenden Anforderungen wie auch deren praktische Verhältnisse für die Regelung der Unterbringung und Menschenbehandlung, Organisation der Arbeitsvermittlung für die Unerbittlichen sowie deren Entlohnung, Schaffung von Schiedsinstanzen in den Streitverträgen zum Schutze der Ansprüche der Verletzten u. a. m. enthielten. Die Konferenz der Vorstandsvorstände sämtlicher Zentralverbände im Februar einigte sich einstimmig auf folgende Grundzüge.

Der Holzarbeiterverband hat neben anderen Bemühungen auf diesem Gebiete auch den Paktbildungsvertrag in den Dienst der Sache gestellt, und das mit einem durchschlagenden Erfolge. Wenn zunächst noch einige Nachteile gegen dieses Unternehmen anzutreten, so sind diese durch das nunmehr vorliegende Resultat von 52 Personalausstellungen in den Gauen Berlin, Stettin, Hamburg, Waadoburg, Hannover, Götting, Weisau, Dresden, Breslau und Danzig mehr als wettgemacht. Der Vertrag behandelt in seinem ersten Teil fünf, einige der markantesten Kriegsereignisse, wie die Besetzung des Ruhrgebietes der Belagerungsgebiete in Belgien und Frankreich, um jedoch eine Darstellung der Leistungen moderner ärztlicher Kunst in der Wundbehandlung und dem Erlasse der künstlichen Gliedmaßen durch künstliche zu bieten, woran sich belehrende Ausführungen über den Stand der Menschenbehandlung und deren Höhe usw. schließen, um zum Schluß das Wirken der gewerkschaftlichen Organisation im allgemeinen sowie deren Funktionen für alle Schwachen und Schwächlichen, insbesondere die Unfall- und Kriegsinvaliden, den Zuschauern verständlich zu machen. Dadurch wird eine nachhaltige Aufklärung geboren, und zwar auch in solche Kreise, die bisher die Arbeiterbewegung nur nach den Forderungen unserer Gegner gekannt und beurteilt haben. Die Jahrestellenvorstände haben sich bei den Lagerungsverwaltungen um den Besuch der Verwundeten bemüht und zwar fast überall mit Erfolg. Auch die häßlichen Verbrechen, Bürgermeister und Polizeidirektionen, Gewerbeinspektionen und Feuerwehren, Arbeiterverbände und sonstige Korporationen und den Einladungen in großer Zahl gefolgt, und gar mancher dieser Orten hat die Ueberzeugung mit nach Hause genommen, daß die organisierten Arbeiter in unterm Wirtschaftselend denn doch eine andere Stellung einnehmen und auch eine andere Verschönerung verdienen, als es nach den bisherigen Schilderungen unserer Gegner der Fall zu sein schien.

Den Hauptteil der Besucher bildeten neben den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes und deren Familienangehörigen die Arbeiter. Es muß mit Genugtuung erfüllt, daß fast überall die größten Erfolge erzielt waren, da das Interesse für den Vortrag durch eine geschickte Propaganda aufgeweckt worden war. So waren in Götting mehr als 1000 Personen anwesend, während viele kleinen Orten mehr bekommen konnten; in Stettin waren es 500 Besucher, in Weisau 500, in Schwelm 1400, in Lidenburg 500, in Bremerhaven

1000, in Cassel und Celle je über 700, in Dessau 600, in Erfurt 700, in Götting eine gewaltige Menschenmenge im Garten des Schlosses und so weiter in Gera, Zeitz, Leipzig, Chemnitz, Breslau und allen anderen Orten.

Die Parteipresse hat sich durchgängig sehr lobend über das Arrangement ausgesprochen, aber auch die bürgerliche Presse hat die große Bedeutung der Vorträge anerkennen müssen.

In den meisten Versammlungen waren die Verwundeten zahlreich anwesend und recht aufmerksame Zuhörer. Sind sie es doch gerade, die am meisten an der ganzen Frage interessiert sind. In fast allen Versammlungen, wo Verwundete anwesend waren, sprachen sie zu Tugenden dem Meistredner ihre Freude darüber aus, daß sich die Organisation auch ihrer annimmt. In besonders bewogener Worten drückte in Bremerhaven ein organisierter Metallarbeiter, der den rechten Arm verloren hat, dem Vortragenden seine Befriedigung dahin aus, daß der Vortrag ihn wieder aufgerichtet habe und er mit neuem Vertrauen in die Zukunft sehe. Er fühle jetzt erst so recht, welche Größe der Verwundete in seinem späteren Leben an der Organisation habe; er schloß mit dem Wunsch, daß es allen Verwundeten ermöglicht werden möchte, an den Vorträgen teilzunehmen, um sich über ihre spätere Lage Aufklärung zu verschaffen und die wirksame Arbeit der Organisation kennen zu lernen.

So bildet dieses Unternehmen des Holzarbeiterverbandes nicht nur ein gewaltiges Stück praktischer Aufklärungsarbeit über die Tätigkeit und die Bestrebungen der Arbeiterbewegung; es ist auch zugleich ein Mittel, um den Interessen unserer verarmtesten Klassenangehörigen zu dienen und bei diesen selbst neuen Lebensmut und Vertrauen zu ihren Arbeitskameraden zu wecken.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der deutsche Kapitalmarkt sinkt und jährt.

Wenn in Friedenszeiten das Reich eine größere Anleihe begehrt, dann pflegen Börsenblätter und nach ihnen weite Kreise der öffentlichen Meinung ernste Bedenken gegen die neue Belastung des Kapitalmarktes vorzutragen. Meist entzogen diese Betrachtungen der Sorge, daß bei harter Zinsausnahme des Geldmarktes durch Reich und Bundesstaaten der Kapitalhunger unserer Aktiengesellschaften, der bei der mächtigen Entwicklung unseres Wirtschaftens in den letzten 30 Jahren in Deutschland sich viel ungünstiger äußerte als in den anderen Ländern Europas, nicht ausreichend gestillt werden könnte. Dabei lag der Beurteilung der Finanzkraft die Erinnerung an die Verhältnisse Deutschlands etwa um das Jahr 1880 zugrunde, nur zu oft wurde vergessen, welchen Aufschwung die deutsche Industrie inzwischen zurückgelegt hatte und welcher Reichtum dabei angehäuft worden war. Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, daß das Ausland gleichfalls die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reichs unterschätzte und bei Ausbruch des Kriegs auch mit finanziellen Katastrophen in Deutschland rechnete. Die Praxis der 11 Kriegsmomente ergab aber das entgegengesetzte Bild. Deutschland konnte mit zwei Kriegsanleihen rund 18 500 Mill. Mark aufbringen und den Kurs bei der zweiten Anleihe zugunsten der Reichskasse gegenüber der ersten um 1 Prozent, auf 98,50 Prozent, erhöhen. Anfang 1914 war die große preussische Anleihe herausgegeben, vierprozentige Zinsanweisungen wurden mit 97 Prozent aufgelegt, da die Zinszahlung in jährlichen Serien zum Kurse von 100 Prozent erfolgt, so ergab sich für die erste Serie eine Verzinsung von 7,09 Prozent, für die zweite Serie von 5,38 Prozent, die Verzinsung im 15. und 16. Jahre stellt sich auf 4,27 und 4,26 Prozent. Berücksichtigt man diese Anleihebedingungen, dann zeigt sich, daß der fünfprozentige Zinsfuß der deutschen Kriegsanleihe keine sprunghafte Veränderung der Grundlagen unserer Anleihepolitik bedeutet.

Die englische Kriegsanleihe. — Bruch alter Finanzgrundzüge.

England hat seine erste Kriegsanleihe bei einem Anleihergebnis von 331 Mill. Pfund Sterling zu einem Kurse von 95 Prozent herausgebracht und diese Anleihe mit einem Zinsfuß von 3 1/2 Prozent ausgestattet, während der Zinsfuß des größten Teils der alten englischen Anleihen 2 1/2 Prozent betrug. Doch das war erst der Anfang der Preisgabe der alten englischen Anleihepolitik, denn die zweite jetzt zur Ausführung gelangte Kriegsanleihe ist bereits zu einem Zinsfuß von 4 1/2 Prozent übergegangen. Was noch vor wenigen Wochen in England selbst als unmöglich gegolten hätte, geschieht zur Finanzierung aber weiterhin, die gesamte englische Anleihepolitik soll nach dem Wunsch der Regierung in 4 1/2prozentige Anleihe umgewandelt werden, und zwar zu dem alleinigen Zweck, durch diesen Prozeß die Besitzer der alten Anleihe zu kaufen neuer Kriegsanleihen zu veranlassen. Gewirkt wird das durch die Bestimmung, daß der Eintausch von 2 1/2prozentiger und 3 1/2prozentiger Anleihe, der in einem gewissen Wertverhältnis oder unter Zuzahlung erfolgt, vor allem jedoch davon abhängig gemacht wird, daß

die Umtauschenden für je 75 Pfund Sterling 2 1/2prozentiger Konsober 100 Pfund der dreiprozentigen Anleihe gleichzeitig 100 Pfund Sterling der neuen Anleihe gegen Verzinsung erwerben müssen. Doch England diesen Hochdruck anzuwenden muß, um seine Anleihen unterzubringen, darf uns nicht verleiten, die englischen Finanzquellen zu unterschätzen, aber fest steht, daß die neue englische Methode der Kriegsanleihe einen tiefgreifenden Bruch mit lang gehegten Finanzgrundsätzen Englands bedeutet und daß der Krieg in England nicht nur zu einer einschneidenden Vertiefung des Staatskredits führte, sondern eine entsprechende Vertiefung der gesamten Kreditverhältnisse nach sich ziehen muß.

Einzahlungen auf die zweite deutsche Kriegsanleihe.

Auf die zweite deutsche Kriegsanleihe waren bis zum 30. Juni 1914 8567,6 Mill. Mark oder 94,1 Prozent der Gesamtzeichnung eingezahlt. Der Zugang beläuft sich gegenüber der Vorwoche auf 64,9 Mill. Mark. Trotz dieser für die letzte Juniwoche verhältnismäßig großen Neueinzahlung ist die Zinsanspruchnahme der Darlehensklassen für die zweite Kriegsanleihe geringer geworden; sie stellt sich auf 495 Mill. Mark gegen 508 Mill. Mark am 23. Juni. Es sind also im ganzen zu den bisherigen Einzahlungen der zweiten Kriegsanleihe durch Verzinsung von Wertpapieren bei der Darlehenskasse 495 Mill. Mark mobil gemacht worden, gegenüber den Gesamteinzahlungen ein verschwindend geringer Betrag. Von neuem wird dadurch bewiesen, daß die Finanzierung der deutschen Anleihen sich in den denkbar solidesten Bahnen vollzieht; die entgegengelegten Behauptungen der ausländischen Presse, die verbreitet wurden, um den Eindruck der hervorragenden Finanzkraft Deutschlands abzuschwächen, gehören in das Reich der Fabel.

Zur Gründungstätigkeit während des Krieges.

Auch die Gründungstätigkeit in Deutschland hörte während des Krieges keineswegs ganz auf, sie ist zwar stark zurückgegangen, doch hat das in neuen Gesellschaften angelegte Kapital nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitung „Die Welt“ vom 1. Januar bis 30. Juni 1915 noch immer 93,8 Mill. Mark betragen gegen 803,7 Mill. Mark im ersten Halbjahr 1914. Davon entfielen 25,9 Millionen gegen 21,7 Millionen im Vorjahr auf neu errichtete Aktiengesellschaften und 67,4 Millionen gegen 89,2 Millionen für 1914 auf neue Gesellschaften m. b. H. Die meisten der neu errichteten Aktiengesellschaften sind wohl Gründungen, die direkten Zwecken des Krieges dienen, dabei ist an die kriegswirtschaftlichen Organisationen — Kriegesleber, Kriegesheimstätten, Kriegesmetall-K. u. u. — zu erinnern. Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. haben zusammen ihr Kapital um 11,1 Mill. Mark erhöht gegen 545,3 Mill. Mark im ersten Halbjahr 1914.

Aus der Automobilindustrie. — Kriegskonjunktur.

Verhältnismäßig starken Anteil an der Gründungstätigkeit hat die Automobilindustrie, deren Ausdehnung durch den Krieg weiterhin gefördert worden ist. Vieljaht wurde in den Vorjahren von der geradezu stürmischen Entwicklung der deutschen Automobilindustrie die Gefahr eines Rückschlages gefürchtet, indessen zeigte sich selbst bei Eintritt einer Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur im Gegenteil eine Erweiterung der Automobilfabrikation durch. Verändert haben sich die inneren Verhältnisse dieses Industriezweiges nicht zuletzt dadurch, daß die Fabrikation von Luxuswagen im Verhältnis zur Gesamtfabrikation mehr und mehr in den Hintergrund trat und dafür die Herstellung von Kraftautos und andern gewerblichen Wagen an Bedeutung gewann. Das gab der Automobilindustrie ein erhöhtes Maß geschäftlicher Gesundheit und schloß sie stärker gegen Konjunkturschwankungen. Durch den Krieg wurde nun ein Zustand der Hochkonjunktur für die Automobilfabrikation hervorgerufen, von der die beteiligten Unternehmungen, deren Abschüsse bisher vorliegen, reichlichen Nutzen zogen. Neuerdings gehen Unternehmungen zur Fabrikation von Automobilen über, die früher ganz anders geartete Fabrikationszweige betrieben, sie suchen so Ersatz für Fabrikate, deren Absatzmöglichkeit stark zurückgegangen ist, teils wird auch in Rechnung gezogen, daß nach dem Kriege die Automobilfabrikation durch den Ersatz der verbrauchten Kraftwagen Aussicht auf eine reichliche Beschäftigung haben dürfte.

Produktionseinschränkungen und Rentabilität im Brauereigewerbe.

Für die auch an dieser Stelle erst kürzlich erhobene Forderung einer klaren Bilanzierung der Aktiengesellschaften spricht gegenwärtig nach der Umwandlung, daß die durch Kriegsmassnahmen eingeschränkte Produktion mancher Gewerbe auch nicht annähernd die Rentabilität von vielen der in Betracht kommenden Unternehmungen beeinträchtigt. So ist vom 1. März 1915 ab die Erzeugung der Bierbrauereien dadurch erheblich vermindert worden, daß nur 60 Prozent des durchschnittlich zur Bierbereitung verwendeten Malzes verarbeitet werden darf. Eine erhebliche Menge der seither zur Bier-

Vom Schießen und Sprengen.

Fast allgemein begegnet man der Annahme, daß Spreng- und Schießmaterialien ein und dasselbe seien, und zwischen beiden kein wesentlicher Unterschied bestehe. Nichts ist falscher als das. Zwar sind beides Explosivstoffe, die durch irgendwelche äußeren Einflüsse, Feuer, Schlag oder Stoß, zu einem solchen Zerfall, d. h. zur Explosion gebracht werden können, und zwar unter Abgabe von Wärme und Energie. Aber sowohl der Zweck wie auch die Art und Weise der Wirkung weisen bei beiden gründlich voneinander ab. Bei den Sprengstoffen ist das Auseinanderreißen, das Zertrümmern oder Zertrümmern irgendwelcher Gegenstände Arbeitszweck; bei den Schießmaterialien besteht der Arbeitszweck in dem Forttreiben des Geschosses. Im ersten Fall ist Endzweck der Arbeitsleistung eine Zerstörung, im zweiten dagegen eine Ortsveränderung der zu bearbeitenden Körper. Dieser verschiedenen Arbeitszwecke sind auch die zur Verwendung gelangenden Materialien angepaßt.

Beim Sprengen irgendwelcher Gegenstände, und zwar kommt es bei beiden, die von Spalten und Rissen durchzogen sind, wie bei der Schießung, Rolle u. dergl. zumeist zuricht, ist es sehr wesentlich, daß die sich entwickelnde Sprengkraft nicht entweichen können, daß sie die von ihnen verlangte Arbeit geleistet haben. Dieser Zweck wird am besten erreicht, wenn die ganze Masse der Sprengladung in möglichst kurzer Zeit verbraucht, so daß die am weitesten entwickelten Teile keine Zeit finden, durch etwa vorhandene Risse abzusinken, sondern gezwungen sind, im Verein mit den zuletzt entwickelten Teilen Arbeit zu verrichten. Diese Zweck wird am sichersten erreicht, je höher der Anteil der Sprengladung an der Sprengladung ist, je kürzer also die Verbrennungszeit ist. Demnach sind diejenigen Explosivstoffe am besten zu Sprengstoffen geeignet, die in der kürzesten Zeit, also fast „brillant“ wirken. Zu diesen gehören in erster Reihe Nitroglycerin und mit Nitroglycerin stark getränkte Stoffe, wie Dynamit, Cordanit u. dergl., ferner Chloratpulver, Schwarzpulver und Schießbaumwolle. Dann folgen die unter dem Namen „Sprengpulver“ bekannten Ammoniumsalze und mit diesen vermischten Sprengstoffe, sowie in letzter Linie die gewöhnlichen Schwarzpulver und Sprengpulver. In letzter Reihe gehören zu den Sprengstoffen die sogenannten Sprengstoffe am vorteilhaftesten. Als gehalten die brillanten Sprengstoffe das Schießen zu ermöglichen, ohne sich in etwaige Risse zu zerfallen zu verlieren, wie dieses bei langsam verbrennenden Sprengmaterialien nicht selten eintritt, wodurch dann die Leistungsfähigkeit sinkt. Als gehalten die brillanten Sprengstoffe in erster Reihe die Arbeit zu ermöglichen, ohne sich in etwaige Risse zu zerfallen zu verlieren, wie dieses bei langsam verbrennenden Sprengmaterialien nicht selten eintritt, wodurch dann die Leistungsfähigkeit sinkt.

gegen um die Gewinnung möglichst großer Stücke, wie dieses namentlich in Steinbrüchen zumeist und bis zu einem gewissen Grade auch in den Steinbrüchen- und Steinsalzbergwerken der Fall ist, so ist die Benutzung langsam wirkender Sprengstoffe häufig vorzuziehen, da bei ihnen der Gasdruck allmählich steigt, also mehr Zeit auf die Abtrennung der Stücke im ganzen als auf ihre Zertrümmerung hinwirkt, während die momentan entwickelten Gase der brillanten Explosivstoffe allseitig zerstörend wirken. Einen augenscheinlichen Beweis dieser Tatsache liefert der Umstand, daß bei einer kräftigen Unterlage freilegende brillante Explosivstoffe bei ihrer Explosion die Unterlage zertrümmern, obwohl ihren Gasen doch kein Widerstand entgegensteht, diese also sich nach allen andern Seiten hin frei ausdehnen können, was aber bei der Kürze der Explosionszeit noch nicht genügt. Langsam verbrennende Explosivstoffe beschädigen dagegen in ähnlichen Fällen ihre Unterlage nicht. Aus demselben Grunde explodieren auch mit Dynamit oder Schießbaumwolle gefüllte Granaten in eine große Menge kleiner Stücke, wohingegen Granaten bei Pulverladungen nur in wenige größere Teile zerfallen. Während die Brisanz der Explosivstoffe in erster Reihe von ihrer Zusammensetzung abhängig ist, wird sie andererseits auch vielfach in weiten Grenzen durch die Stärke des Hindrucks sowie von dem Druck, unter dem sie stehen, beeinflusst.

Zum Schießen, also zum Forttreiben von Geschossen, sind die brillanten Explosivstoffe weniger geeignet, da sie das Schießrohr leicht auseinanderreißen und zer Sprengen. Der Grund hierfür liegt darin, daß bei den brillanten Sprengstoffen die Zeit vom Beginn der Gasentwicklung bis zu ihrer vollen Anschwellung zu kurz ist, um die Trägheit des Geschosses zu überwinden und durch dessen Fortbewegung genügend Platz für ihre Ausdehnung zu schaffen. Die Spannung wird dabei so groß, daß ihr das Rohr auf die Dauer nicht widerstehen kann und platzt. Als Schießmaterialien kommen deshalb im allgemeinen nur langsam verbrennende Stoffe zur Anwendung. Dabei muß deren Wirkung um so langsamer sein, je schwerer das Geschoss ist. Deshalb wird auch für Gewehre und ähnliche Handfeuerwaffen vorwiegend feinstörniges rascher abbrennendes, für schwere Geschütze mehr grobkörniges und deshalb langsamer fortbrennendes Pulver benutzt. Bedingung ist dabei allerdings in allen Fällen, daß die Explosionszeit so bemessen ist, daß die Gasentwicklung ihr Ende erreicht, ehe das Geschoss den Geschützlauf verlassen hat, so daß also die Höchstspannung noch voll auf das Geschoss übertragen wird. Hierbei erhält das Geschoss eine dem Gasdruck entsprechende Geschwindigkeit, der sich im Geschützlauf das Einströmen des Geschossmantels in die Rüge und nach dem Verlassen des Rohrs der Luftwiderstand und das Gewicht des Geschosses selbst hemmend entgegenstellen. Geben diese Widerstandsmomente die durch die Sprengkraft dem Geschoss erteilte lebendige Kraft aufgezogen, so fällt dieses zur Erde, und die Flugbahn ist beendet, falls sie nicht vorher durch sich entgegenstellende Hindernisse unterbrochen und abgeändert wird.

Feldpost-Mitteilungen.

Edburgarn, den 15. 7. 1915.

Werte Freunde!

Nun bin ich der Weltbrantstelle näher gekommen und stehe an der serbischen Grenze. Bitte, sendet mir die Freizettel wie vorher weiter, damit ich im Geiste die Geschäfte verfolgen kann; wir sind von der Kultur mit jedem Kilometer nach Süden immer weiter abgerückt. Sonst bin ich gesund.

Hoffentlich kann ich nach Beendigung des Krieges in der Heimat wieder den Knüttel schwingen. Wie ich dem Steinarbeiter entnehme, sind schon einige Hundert deutsche Kollegen gefallen. Auch die Verluste meiner Heimat (Böhmen) werden sehr groß sein. Ich habe hier nur wenige Kollegen getroffen, aber Gefinnungsgeoffen sind sehr viele.

Es grüßt das ganze Bureau

Ignaz Kolár.

S. 100 bei R. . . . am 22. 7. 1915.

Freund A!

Herrliche Grüße aus dem Aisnegebiet. Ich traf gestern Kollegen Kramer, Dresden. Wir hatten nicht viel Zeit, doch galt unser Reinigungsaufruf Euch in der Heimat. Ich freute mich, so richtig mal ein „ehrbares“ Gesicht zu sehen. Den „Steinarbeiter“ erhalte ich regelmäßig, gebe ihn dann an zwei andere Kollegen weiter. Fast möchte man per B r t e f m a r k e nach Arbeit fragen, so reichhaltig sind die Arbeitsangebote. Aber auch hier fehlt es nicht an „Beschäftigung“. Doch geht es immer noch, wenn man so mit dem blauen Auge davon kommt. Was uns die nächsten Wochen bringen, das ist die große Frage, die uns lebhaft beschäftigt. Es scheint aber nicht, daß es bald alle würde.

Du mußt schon entschuldigen, mit solchen Fetzen beschreibe ich werden. Sind auf sechs Tage in Stellung. Von hier aus sehe ich die Kathedrale zu . . . in grauen Umriffen. Gegenüber dem Portal . . . das in unserem Besitz ist. Weiter hinten die Cranois Höfen. Bekanntlich haben diese Höfen im Januar viel Blut an unserer Seite gelassen. Eine herrliche Gegend, doch können wir nur oberflächlich bekauen, soll uns die Freude an der Natur nicht über belommen. Soeben sind wir mit dem Winteren von Unterhänden beschäftigt; 5 Meter tief unter der Erde. Bodenmaterial die bekannte französische Kreide, die sich über Aras hingießt. Arbeitszeit 8 Stunden für den Trupp, 12 Stunden für den Truppführer. Also habe ich das Berganigen 13 1/2 Stunden zu frohnen mit dem Bege zu und von der Arbeit. So geht es mir so leidlich bis auf die Puste und die Knochen. Besser wird das Befinden hier außen nicht. Bei Aras hatten wir auch schlechte Tage im Februar und März. Seit April sind wir hier. Wer weiß, was aus uns geworden wäre? Und doch sehnen wir uns manchmal dorthin zu den Bayern. Unter diesen Kerntuppen dort war es Kameradschaft, vom Offizier bis zum letzten Mann. Die beiliegende Photographie zeigt ein von uns gefertigtes Kriegerdenkmal. Das Bild ist gelungen und ich glaube, es kann sich auch unsere Kameradschaft zeigen lassen. Wie stets denn im Elbegebiet mit der Arbeit. Ein baldiges Wiedersehen wünschend, schließt mit freundlichen Grüßen

F. H. Dörf.

Bereitstellung verwendeter Getreide sollte so für die Volksernährung und für die Verwendung als Futtermittel freigemacht werden. Selbstverständlich entsteht durch die Produktionsbeschränkung ein Ausfall von Vorratsergebnissen, der Verlust erhöht sich noch durch die Verteuerung der Getreidearten sowie durch andere Einbußen, Nichteingang von Auktionen usw. Andererseits haben zahlreiche Brauereien einen tüchtigen Ausgleich durch Preissteigerungen schaffen können, manche Brauereien, besonders Großbetriebe, zogen beträchtlichen Nutzen aus dem Vorhandensein großer Bestände. Von Berliner Großbrauereien wird ferner berichtet, daß sie Malz aus dem Ausland bezogen, dessen Verarbeitung keiner Beschränkung unterlag, und so ihre Produktionsquote zu erhöhen in der Lage waren.

Berlin, 18. Juli 1915. Julius Kaliski.

Kriegsgewinne.

Eine der widerlichsten Erscheinungen der Gegenwart bildet in allen kriegsführenden Staaten das Problem der Kriegsgewinne. Während die große Masse aller Volksgenossen dies- und jenseits der Grenzen mit einer ganz gewaltigen Steigerung aller Lebensmittelpreise zu rechnen hat, und infolgedessen auch bei uns in christlichen, vaterländisch gesinnten Herzen allenthalben große Erbitterung über solche innere und willkürliche Vermengungen eines erfolgreichen Durchhaltens Platz gegriffen hat, erfreuen sich gewisse Kreise eines fast unerschöpflichen Weiterprivilegs aller nur erdenklichen Gewinnquellen. Und wenn man gewisse Verkaufbarungen der letzten Tage über alle möglichen und unmöglichen Kriegsziele nach ihren Urheberkreisen sondieren wollte, so dürften wahrlich nicht wenige nahe Verwandte derjenigen darunter zu finden sein, die auf der gewinnreichen Sommerseite der Kriegszeit stehen. Von vulgären rationalistischen Selbstbetrübungen aus ist das begreiflich, um so widerlicher wird aber die Geschichte, wenn man hören und lesen muß, daß dabei leider nur zu oft die höchsten ethischen Gedanken und Menschheitsziele als Droptropfen dienen müssen. Es ist daher nicht nur eine furchtbar blutige und schwere Zeit, in der wir leben, sondern auch eine unsäglich traurige. Der erhabendste Opfermut von Millionen braver Menschen für ihr Vaterland, selbst wenn sie keine eigene Güte darin ihr eigen nennen, wird geschändet durch unerhörtes und rücksichtsloses Profitmachen solcher, die weit vom Schisse sind. Heinz Vothhoff, der bekannte linksliberale Politiker, hat diese Situation schon vor längerer Zeit in der Zeitschrift "Die Tat mit folgenden Worten deutlich gekennzeichnet: "Zwei Millionen Bürger haben über das Gesetz hinaus freiwillig ihrem Vaterlande Leib und Leben angeboten — mehr können sie doch nicht bieten. Aber nicht zwei Fabrikannten haben der Heeresverwaltung angeboten, ihr den notwendigen Bedarf zu selbstkosten mit williger Verzinsung zu liefern. Nicht zwei Landwirte oder Händler haben sich ernstlich gegen die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel gestemmt, die dem Reiche die Kriegskosten unnötig erhöht und dem Volke das Durchhalten unnötig erschwert. Dieselben Leute, die freudig in den Kugelhagel rücken, versuchen rasch noch vorher einen übertriebenen hohen Gewinn auf Kosten der Gesamtheit oder der Mitbürger einzutreiben. Ohne Ausnahme finden auf allen Gebieten Preissteigerungen statt, auch wo von einer Erhöhung der Herstellungskosten gar keine Rede ist. Jeder nimmt, was er kriegen kann. Der Preiswucher ist zur allgemeinen Verkehrsstille geworden. Und was das schlimmste ist, er wird tatsächlich als Sünde anerkannt. Während alle andre Moral stärker geworden ist, die Selbstkürzung im Kriege lazer als sonst." — Es dürfte zwar sehr stark zu bezweifeln sein, daß die Herren mit so lazer Geschäftsmoral gegebenenfalls freudig in den Kugelhagel rücken, denn zu letzterem gehört ein gewisser persönlicher Opfermut, während das rücksichtslose Ausbeuten in Gewinnmacherei sich doch in Wirklichkeit nur auf den Opfermut oder die Ueberrumpfung von Entschlossenen Dritter stützt. Streichen wir also ruhig auch noch den persönlichen Opfermut für die vaterländischen Interessen von jenen Individuen, die im Reiche der Kriegsgewinne heimlich sind, so haben wir jene Elemente, die den genialen Ausbesserungsplan unserer Gegner im Weltkrieg als unsre eigenen Volksgenossen noch übertrumpfen, und zwar dank der relativ friedliebenden und bescheidenen deutschen Volksseele.

Wir kennzeichnen diese Erscheinungen nicht deshalb mit so scharfen Worten, weil wir uns davon eine Besserung versprechen, sondern nur, um sie in möglichst charakteristischer Weise hervorzuheben zu lassen, und um den Gedanken Ausdruck zu geben, die alle hegen müssen, die unter der uns aufzuzwingenden Parole des "Durchhaltens" eine für jeden Deutschen in diesen Tagen gültige höhere Pflicht im Interesse des ganzen Volkes erblicken. Wir sind uns auch bewußt, daß diese Kennzeichnung nicht zu unmittelbaren Maßnahmen gegen diese Auswüchse materieller Betreibsamkeit führen kann, aber wir glauben der Zukunft dienen zu können, wenn wir nach Kräften dazu beitragen, den wirklichen inneren Feind in seinem grundsätzlichen Verhalten in zusammenfassender Weise zu beleuchten. Gewisse Anzeichen sind jetzt schon vorhanden, die darauf schließen lassen, daß man da und dort die Notwendigkeit fühlt, über herartige böse Geschwüre am Körper unserer Volkswirtschaft hinwegzusehen und nach einem oder mehreren Stündenbissen zu suchen, die in ganz andern Gegenden herumlaufen als die Heulen der Kriegsgewinnspannen. Die wörtliche Verbunkelung ethischer, aber vielleicht unvorsichtiger Friedensbesprechungen ist teilweise ein ganz modernes Mittel dieser Art und dient gleichzeitig dazu, sowohl die Dauer der Gewinnbeschränkungsversuche zu schwächen, als auch werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, indem gewisse Männer die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf mehr theoretische Dinge lenken, damit diese sich um die Verteilung des Geldes vom noch nicht erlegten Hirschen herumalben, und die lachenden "Dritten" während dieser Schaustspiele dann um so ungestörter ihr Schäfchen im Trockene bringen können.

In welchem Umfange dieses Uebel tatsächlich vorhanden ist, läßt sich ziffernmäßig unter den heutigen Verhältnissen leider nicht genau feststellen. Wenn man aber die Preissteigerung aller Lebensmittel, aller Bedarfsartikel des Privathaushalts wie der Heereslieferungen ins Auge faßt und demgegenüber die Ausdehnung der geringer bezahlten Frauenarbeit und die nur sehr sporadisch auftretenden Vorratserhöhungen für wenige Arbeitergruppen in Betracht zieht, dann müssen geradezu unheimliche Summen in Frage kommen. Das zeigen schon die enormen Kurssteigerungen so mancher Aktienwerte in dem privaten Effektenverkehr, der an die Stelle des bekanntlich seit Kriegsbeginn geschlossenen offiziellen Börsenverkehrs getreten ist. Und keineswegs handelt es sich dabei allein um die Werke der eigentlichen Nahrungsmittelindustrie und die mit andern Lieferungen für Meer und Flotte bedachten Fabriken, auch die Branchen, die diesen Holz-, Hilfs- und Hilfsstoffe liefern, partizipieren an Gewinnsteigen. So nahmen z. B. an den hohen Profitten, die den Waffen- und Geschloßfabriken zufließen, auch, wie die Preisnotierungen erkennen lassen, die Hochöfen, Stahl- und viele Holzwerke teil. Und ähnlich läßt es mit der chemischen, der Leder- und Gummiindustrie. Die starke Nachfrage der Militärverwaltung nach gewissen Drogen, Leder- und Gummiwaren hat auch den Preis für solche Fabrikate in die Höhe getrieben, die nur vom Privatpublikum gebraucht werden. Dazu kommt die Preissteigerung für viele landwirtschaftliche Produkte, namentlich für Getreide, Schlagsvieh, Eier, Butter, Gemüse, die den Ackerbauern und Großbauern reiche Einnahmen verschafft, die ganz ungewöhnliche Spannung zwischen Korn- und Mehlpreisen, die den Großmühlern geradezu ungeheure Profite beschert, und schließlich auch die schönen Geschäftsgewinne der Großschlachtereien und großen Wurstfabriken, die noch vor wenigen Monaten das Schweinefleisch zu verhältnismäßig niedrigen Preisen eingebracht haben und nun ihre sogenannte Dauerware zu inzwischen recht anscheinlich gesteigerten Preisen an den Mann zu bringen suchen. In der ungenügendsten Weise wird die Spekulation mit den verschiedensten Nahrungsmitteln, Haushaltungsgegenständen und Militärversorgungsgegenständen betrieben. In jeder Nummer der großen Tageszeitungen kann man ganze Spalten von Angeboten dieser Art finden, wie: 10 000 bis 20 000 Meter jeldatener Zellulosestoff, 25 000 Meter graulimener Militärdrell, 30 000 Meter Halbseimendrell, 20 000 verjante Strickquartschmalen. Weiter werden empfohlen: 20 000 Kilogramm Speiseöl, Tapiokamehl in Bagetenform, 5000 Kilogramm Simdeestrup, Salzfisch in Dosen von

wenigstens 5000 Kilogramm, 2000 Kilogramm Milchschokoladenpulver; eine Firma bietet Reis und Käse an, andre 50 000 Kilogr. Schmierseife, 25 000 Kilogr. Haushaltungseife, 20 Waggons weiße Bohnen usw. Welche Vorräte müssen da noch in den Lagerhäusern der Spekulanten liegen? Sie wissen nicht, was Not heißt, darum eilt es ihnen auch nicht mit dem Verkauf. Was verhilft es ihnen, wenn von ihrem Vorrat die Hälfte am Ende verdirbt, solange sie noch mehr als das Doppelte des Einkaufspreises für die ausgelebene Hälfte fordern können und auch bekommen! Selbst der Militärbefehl ist auf diese Weise schon ganz unerhörte Preise abgenommen worden. Da uns die für deutsche Verhältnisse zutreffenden genauen Ziffern fehlen, weil sie von den Ruchritzen sehr beziehungsweise tief verschleiert gehalten werden, dürfte es nicht falsch sein, wenn man die landwirtschaftlichen Kriegsgewinne in Österreich, wie sie kürzlich vom Wiener Fremdenblatt, dem Organ des Ministeriums des Innern, für die vier Hauptgetreidearten mit insgesamt 910 Mill. Markt angegeben werden, zum Vergleich heranzieht. Dazu kommen noch die Gewinne bei der Viehvermehrung. Und gerade die letzteren dürften in Deutschland besonders hoch sein. Denn schon die Fleischer müssen für das Schlachtwiege Preise zahlen, die die früheren Preise um 50—100 Prozent übersteigen. Daß daran allein der Mangel an Futtermitteln schuld sein soll, mag glauben wer will.

Eine besonders lehrreiche Zusammenstellung über die Gewinne "Allfälliger Seereschiffahrtsunternehmen" brachte kürzlich die Naumannsche Wochenschrift "Die Hilfe". Es machten danach die nachstehend verzeichneten Aktiengesellschaften im laufenden Kriegsjahre folgende Gewinne:

	In tausend Mark	1914/15	1913/14
Erdmannsdorfer A.-G. für Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei und Weberei zu Jilertal (Niesengeb.)	419	198	
Mejer-Kaufmann-Textilwerke A.-G. in Breslau	329	137	
Gesellschaft Aunstmühle A.-G. in Mannheim	175	35	
Zigarettenfabrik Konstantin A.-G. in Hannover	1837	954	
Balkanwerke Steintin und Hamburg, A.-G.	2252		
Vorjahr Verlust: 2148			
Taimler Motoren-Gesellschaft	4600	3200	
Fahrzeugfabrik Eisenach	846	314	
Rammesmann Mulag, Aachen	611	489	
C. Lorenz A.-G., Telephon- und Telegraphenwerke, Berlin	1006	592	
Mig u. Genest A.-G., Telephon- und Telegraphenwerke zu Berlin	1200	298	
Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin-Karlshöhe	8183	3785	
Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik	3500	2000	
Bereinigste Köln-Rottweiler Pulverfabriken	6543	4448	

Diese Liste könnte noch bedeutend vermehrt werden, und eine Gesamtzusammenstellung würde ein geradezu glänzendes Bild der Kriegskonjunktur ergeben. Trotzdem schießt sich aber der Gewissensmann der "Hilfe" zum besseren Verständnis seiner Angaben u. a. noch verpflichtet, folgende Kommentierung zu geben: Es muß hinzugefügt werden, daß fast allgemein, besonders aber bei der obengenannten Kategorie von Firmen, die Dividenden- und Reingewinnzahlen nur ein fast abgeschwächtes Bild des wirklichen Geschäftsgewinns geben, weil darin die "Abschreibungen" und "Müllagen" nicht enthalten sind, die bei den großen Gesellschaften in die Hunderttausende und Millionen gehen. Auch die Gesamtbilanz ermöglicht in vielen Fällen noch keinen klaren Einblick in die Geschäftslage; wie die Sprache nach dem bekannten Ausspruch eines Diplomaten dazu dienen kann, die wahren Gedanken zu verbergen, so scheint auch die Finanzpolitik eifriger Aktienunternehmungen die Verschleierung der Gewinne für den Zweck der Bilanz zu halten. Die C. Lorenz A.-G. zum Beispiel versteckt einen Teil des Gewinns dadurch, daß sie in der Bilanz die Inventurangaben unter Berufung auf § 39, 3 des Handelsgesetzbuchs. Die Subwig Röwe A.-G. gibt offen zu, daß sie durch Abschreibungen usw. ihre Bilanz habe verschleiern müssen, und begründet die Niedrighaltung der Dividende immerhin etwas jählich damit: dies sei geschehen, um nicht die Begehrlichkeit der Abnehmer in Bezug auf die Höhe zu steigern.

Während auf der einen Seite Tausende von Hausfrauen mit immer größerer Enttäuschung und Entbehrung sich mühsam die Äpfel greifen, wie sie es mit dem knappen Verdienst ihres Mannes oder ihrer erwachsenen Kinder fertigbringen sollen, die Ernährungsfrage von Tag zu Tag zu lösen, schwelgen große kapitalistische Kreise in einem geradezu gemeingefährlichen Ueberfluß. Für sie ist der Krieg kein wirtschaftliches Unglück, sondern ein stiller Reichtum, von dem sich jeder ein Stück abschneiden will. Um so berechtigter ist daher das Verlangen, daß diese Kriegsgewinne einer ganz besonders tiefgreifenden Besteuerung unterworfen werden, und zwar so schnell wie möglich.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Als der Krieg begann, herrschten die größten Besorgnisse wegen seiner Wirkungen auf das gesamte Baugewerbe und die Baustoffindustrie. Diese Besorgnisse sind zum Teil auch eingetreten, indem die Bautätigkeit bis auf ein Weniges zurückgegangen ist. Die private Bautätigkeit ruhte bald fast ganz und gar, aber auch die öffentliche Bautätigkeit ging sehr stark zurück. Besonders sorgenvoll blickte man auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe; man befürchtete ein riesiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Und in der Tat, in den ersten Monaten war gerade im Baugewerbe die Arbeitslosigkeit ganz besonders hoch. Nur langsam ging sie im Jahre 1914 zurück, um dann im Laufe des Jahres 1915 um so auffallender zu fallen. Die Bewegung der Arbeitslosenifferenz nach der Statistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes zeigt folgendes Bild. Sie betrug am Ende des Monats in Prozent der Mitgliederziffer:

Aug. 14	Sept. 14	Ok. 14	Nov. 14	Dez. 14	Jan. 15	Febr. 15	März 15	April 15	Mai 15
15,8	11,2	9,0	9,5	9,8	14,1	11,4	7,4	2,6	1,7

Der Rückgang im laufenden Jahre ist ganz besonders auffallend. Es sei darauf verwiesen, daß im Mai 1914 die entsprechende Arbeitslosenifferenz sich auf 1,8 Prozent stellte, also etwas höher war als im laufenden Jahre. Noch deutlicher zeigt sich die relative Besserung am Arbeitsmarkt, wenn wir die Bewegung des Andrangs in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit dem Andrang im Vorjahre vergleichen. Es kamen auf je 100 offene Stellen Arbeit-

	1914	1915
Januar	921,7	868,5
Februar	428,8	252,1
März	181,0	157,8
April	185,7	189,7
Mai	187,8	125,9

Die günstigere Verfassung des Marktes im laufenden Jahre ist aus dieser Zifferntabelle sofort ersichtlich. Selbstverständlich ist diese relative Gunst keineswegs auf die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zurückzuführen, vielmehr ist einmal zu berücksichtigen, daß das Baugewerbe einen sehr großen Teil seiner Angehörigen im Felde stehen hat; eine stark verringerte Bautätigkeit würde dann immer noch hinreichen, um die Zurückbleibenden zu beschäftigen. Aber man darf bezweifeln, daß damit allein die günstige Lage des Arbeitsmarktes erklärt ist. Vielmehr ist als weiterer Umstand zu berücksichtigen, daß sehr viele Arbeitskräfte, die sonst im Baugewerbe tätig sind, sich andern Berufen angewandt haben. Daraus erklärt sich zum Teil auch der Gegenstand der Bewegung der Arbeitslosenifferenz und der Andrangsziffern. Vor allem dürften sehr viele Bauarbeiter in diesem Jahre in der Landwirtschaft tätig sein, aber auch viele Zweige der Warenherstellung haben zahlreiche Bauarbeiter aufgenommen. Besonders stark hat von Januar bis Mai der Andrang am Arbeitsmarkt für Bauarbeiter in Pommern, in der Provinz Sachsen, in Braunschweig, in Thüringen, in Oldenburg, in Schleswig-Holstein und in Westfalen abgenommen. In allen den genannten Landesteilen war der Andrang so niedrig, daß die Nachfrage nach Bauarbeitern nicht immer befriedigt werden konnte. Es sind gerade die Landesteile, in denen die Bauarbeiter sich besonders der Landwirtschaft angewandt haben dürften. Unter dem Reichsbuchschmitt

stand der Andrang im Mai kann noch in folgenden Landesteilen: Posen, Schlesien, Hannover, Mecklenburg, Ostpreußen, Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen. Dagegen blieb er noch mehr oder weniger hoch über dem Reichsbuchschmitt in Ost- und Westpreußen, im Königreich Sachsen, in Brandenburg, einschließlich Groß-Berlins, in Hessen und in den Landesteilen Lübeck und Hamburg. Wenn auch ein voller Aufschluß darüber, inwieweit die Nachfrage nicht erfolgt ist, aus einer Reihe von Gründen auch nicht erfolgen kann, so hat sich doch die Bestätigung des Arbeitsmarktes im Laufe des Jahres und ganz besonders im laufenden Jahre über Erwarten günstig entwickelt, obwohl die Bautätigkeit selbst bis auf ein Minimum zurückgegangen ist. Damit können die schimmigen Besorgnisse wegen einer übermäßigen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe während der Dauer des Krieges in der Hauptsache nunmehr als gänzlich hinfällig betrachtet werden.

Die Steinindustrie hängt natürlich mit dem Baugewerbe sehr eng zusammen. Am allgemeinen muß gesagt werden, daß auch in der Steinindustrie der Geschäftsgang kein schlechter genannt werden kann. Wie aus dem Anzeigenenteil des "Steinarbeiter" hervorgeht, werden zur Zeit viele Arbeitskräfte gesucht.

Berechtigt der Krieg zur plötzlichen Entlassung.

Ein für die gesamte deutsche Arbeiterklasse interessanter Rechtsstreit ist dieser Tage zur Entscheidung gekommen. Beim Ausbruch des Krieges haben die Glasindustrieellen sich ohne Ausnahme die Arbeiter plötzlich entlassen, trotzdem sie die 14tägige Kündigungsfrist zu beanpruchen hatten. Die Industrieellen aber erklärten, daß sie nicht weiter arbeiten lassen könnten, da der Krieg alle ihre Dispositionen über den Haufen gemorfen habe. Die Einwendungen der Arbeiter auf Einhaltung der 14tägigen Kündigungsfrist blieben wirkungslos. In den meisten Fällen war der Weg der Klage mit Schwierigkeiten verknüpft, da die Arbeiter *W e r t s w o r u n g e n* inne haben; im Falle einer Klage war die Auslieferung der Wohnung zu befrachten. So betrachteten die Arbeiter die Werkwohnung als einen Teil der ihnen rechtmäßig zuzurechnenden 14tägigen Entschädigung. Es unterblieb deshalb in den meisten Fällen der Weg der Klage.

Das Amtsgericht Culmbach hat jetzt jedoch den Anspruch auf 14tägige Kündigungsfrist und damit zusammenhängend auch die Entschädigung ausgesprochen. Der Urteil hat folgenden Wortlaut:

In Sachen des . . . in Friedrichsthal, Kläger gegen die Oldenburgische Glasfabrik in Friedrichsthal (Saar), Beklagte, hat das Königliche Amtsgericht zu Culmbach, Abt. 4, auf die mündliche Verhandlung vom 13. Juli 1915 durch den Amtsrichter Jakob für Recht erkannt: Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 56 Mark zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Begründung: Der Kläger stand als Glasarbeiter in Diensten der Beklagten. Am 18. August 1914 stellte diese den Betrieb ein, da sie infolge des Kriegsausbruchs zur Stilllegung des Betriebes genötigt war. Gleichzeitig wurden die Arbeiter der Beklagten entlassen. Wenn die Beklagte infolge des Kriegsausbruchs zur Stilllegung ihres Betriebes und zur Entlassung ihrer Arbeiter genötigt war, so konnte diese Entlassung nur im Wege der ordentlichen Kündigung geschehen. Zur sofortigen Entlassung war die Beklagte nach der Gewerbeordnung nicht berechtigt. Eine solche ist nur möglich beim Vorliegen des § 128 der Gewerbeordnung, worunter Kriegsausbruch nicht fällt.

Der Richter hat mit Recht anerkannt, daß der Krieg kein Grund ist, die Arbeiter plötzlich, ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist, zu entlassen.

Korrespondenzen.

Hannover. In der am 17. Juli abgehaltenen Versammlung, die etwas besuchter war als die früheren während des Krieges, erstattete Kollege Volte Bericht über die Kassenverhältnisse im zweiten Quartal und gab daran anschließend einen Ueberblick über die Situation seit Ausbruch des Krieges. Danach hatte die Zahlstelle am 1. August 1914 124, am 31. Dezember 1914 61 und am 30. Juni 1915 noch 47 Mitglieder, davon sind bis zum Schluß des zweiten Quartals 1915 68 einberufen, von welchen schon zwei gefallen sind. Nach Ausbruch des Krieges war infolge der allgemeinen Unsicherheit eine große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, dann aber ging's bis Weihnachten ziemlich flott. Im Winter war aber bis zu einem Drittel der Kollegen arbeitslos, und erst im Frühjahr setzte wieder eine gute Konjunktur ein, so daß zeitweilig ein Mangel an Steinmehren eintrat. Dieser Geschäftsgang hat sich bis jetzt gehalten. Seit Ausbruch des Krieges wurden in der Zahlstelle an Unterstützungen ausgezahlt: für Arbeitslosenunterstützung 872,75 M., für Familienunterstützung 780 M. und für Sterbeunterstützung 150 M. Aus der Kassa an Arbeitslose, Familien- und Wehrzwecksgeldern für die Einberufenen 640 M. Der Kassenbestand der Zahlstelle betrug bei Ausbruch des Krieges 2280 M., und am Schluß des zweiten Quartals 1915 2257 M. Es gibt aber immer noch etliche Kollegen, die über die paar Pfennige Unterstützungen die Nase rümpfen, aber die Frauen wissen das besser zu wärzigen. Unser Verband hat bis jetzt während der Kriegszeit seine Schuldbiligkeit im vollen Maße getan, denn es sind für Arbeitslose bis zum April 1915 5000 M. und für Familienunterstützung gar über 147 000 M. ausgezahlt. Das sind Zahlen, welche beweisen, daß die Kollegen an Verband eine Stütze im wahren Sinne des Wortes haben, besonders wenn hierbei beachtet wird, daß zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 1914, also in 7 Monaten, 246 557 M. ausgegeben wurden. Die Widerstandskraft und Erfindungsreichtum des Verbandes ist damit glänzend bewiesen. Es ist deshalb auch heilige Pflicht, daß die Kollegen treu zum Verbands halten. Die Gefallenen und Verstorbenen wurden durch Erheben vom Sarge geehrt. Dann machte Kollege Volte noch bekannt, daß die Beiträge regelmäßig alle 14 Tage kassiert werden, aber in der Woche, wo Versammlung abgehalten wird, werden die Beiträge nur in der Versammlung kassiert, und jeder hat dann Gelegenheit, seine Sache in Ordnung zu bringen. Es wird auch dadurch ein regerer Versammlungsbesuch erwartet, denn das liegt im Interesse der Kollegen und des Verbandes.

Gemern. Am 20. Juli fanden sich die Kollegen im Lokale von Meier ein, um über die jetzige Lage und das Verbandswesen zu beraten. Der Kassierer verlas den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Die Zahlstelle ist während des Vorkrieges auf eine kleine Zahl zusammengefallen. Die noch Uebergebliebenen sagten den Beschluß, die Zahlstelle weiterzuführen und am Verband festzuhalten. Erwähnt sei auch, daß viele unserer Kollegen, welche im Felde kämpften, sich von Zeit zu Zeit um das Verhalten der Zahlstelle erkundigten. Im letzten Steinarbeiter schrieb ja Kollege Fink einen schönen Feldbrief aus Tirol, welcher die Kollegen sehr begeisterte. Erfreulich war es auch, daß eben dieser Tage ein einziger Kollege, Karl Winter, am Felde war, welcher schon beinahe ein Jahr in den Bogaten kämpfte. Bewunderlich ist es, daß eine große Firma, die Papierfabrik Müllergesellschaft, im Bayerischen Wald in etlichen Betrieben die Arbeit einstellte, während die Firma Kröner alles mögliche leistet und die Betriebe ausreicht, auch für die tarifliche Lösung Sorge und auch in weiteren Kollegentreuen diese Firma Lösung verdient. Auch der Vortier Meier wurde dieser Tage einberufen. Er galt als ein Mann, der in weiteren Kollegentreuen Ansehen hatte. Er sorgte auch für die nötige Arbeit, und die tariflichen Löhne wurden pünktlich bezahlt. Die Zahlstelle wird dem Verbands die Treue halten.

Regnitz. Unsere Zahlstelle kann einen schönen Erfolg buchen. Wir hatten mit der Firma Schabel Tarifverhandlungen eingeleitet, es kommt ein Schlichterbericht in Betracht. Die Verhandlungen gingen flott voran, es konnte für die Zukunft ein recht schöner Erfolg gebucht werden. Die Verhandlung betraf 8 Prozent, so daß gegenüber der jetzigen Leistung ein Ueberfluß von 8 Prozent gleich geschaffen wurde. Die Kollegen sind allgemein der Meinung, daß während des Krieges die Tarifverhandlungen durchgeführt wurden, und sie

